2010/32 Lifestyle

https://jungle.world/artikel/2010/32/der-untergang-chimericas

Über die Exportstrategien von China und Deutschland

Der Untergang Chimericas

Von **Ralf Hess**

Bislang haben China und Deutschland mit Käuferkrediten ihre Exporte gesteigert. In Zukunft dürfte das nicht mehr möglich sein.

Die Krise scheint überstanden zu sein. Nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte ging das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland zunächst um fünf Prozent zurück. Doch im Juli stieg der Optimismus der Unternehmer, registriert im Geschäftsklimaindex des Instituts für Wirtschaftsforschung, so stark wie nie seit 1990. Nachdem die neuesten Arbeitslosenzahlen von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht worden waren, stellte Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) für die nahe Zukunft sogar Vollbeschäftigung in Aussicht. »Das halte ich in der Perspektive schon für machbar«, sagte Brüderle in einem Interview mit dem ZDF. Ein im Spiegel zitierter Regierungsberater aus dem Forschungsinstitut Kiel Economics prognostiziert für 2014 eine bundesweite Arbeitslosenquote von 4,5 Prozent. Das Wort vom Wirtschaftswunder macht bereits die Runde.
Der Optimismus scheint nicht unbegründet zu sein. Beflügelt durch die Exporte in den Euro-Raum, überwindet die größte Nationalkökonomie des Kontinents die Finanzkrise. Bereits in den Boomjahren vor dem finanziellen Kollaps war es der innereuropäische Export der deutschen Unternehmen, der die Wirtschaft der Bundesrepublik außerordentlich wachsen ließ. Zwischen den Jahren 1991 und 2008 ist der Export im Schnitt mit 6,4 Prozent schneller gewachsen als die deutsche Wirtschaft insgesamt. Daraus ergibt sich ein Außenhandelssaldo des Bruttoinlandsprodukts von 7,1 Prozent im Jahr 2008. Im Jahr 1991 lag es noch bei 0,7 Prozent. Ähnliches gilt für China, dessen Exporte ebenfalls in absoluten wie relativen Zahlen rasant gewachsen sind. Lag das Außenhandelssaldo der Volksrepublik 1981 noch bei Minus 0,01 Prozent, war es 2008 auf beachtliche 10,1 Prozent des chinesischen Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Die chinesische Ökonomie hat seit der wirtschaftlichen Öffnung des Landes jährliche Wachstumsraten des BIP im zweistelligen Bereich verzeichnet, in erster Linie durch den Export. China und Deutschland sind die beiden größten Exportnationen der Welt. Im vergangenen Jahr wetteiferten beide Staaten um den Titel des Exportweltmeisters, und zum ersten Mal unterlag Deutschland dem Aufsteiger aus Asien. Ihre Regierungen und die meisten Experten sprechen nun von einer wirtschaftlichen Erholung.

Angesichts der makroökonomischen Daten könnte Kritik am Optimismus Brüderles und deutscher Forschungsinstitute unangebracht erscheinen. Jedoch nur, solange nicht die Frage

nach dem Konsum gestellt wird. Denn im Jahr 2008 haben die Hauptabsatzmärkte beider Exportnationen eine extreme Veränderung erfahren. Nach dem Zusammenbruch des Immobilienmarktes ging auch der private Konsum in den USA stark zurück. Ähnliches gilt für Süd- und Osteuropa, die Hauptabsatzmärkte Deutschlands. Die Staatsfinanzen Griechenlands und Spaniens sind ebenso zerrüttet wie die Rumäniens und Ungarns. Beide osteuropäische Staaten sind seit der Finanzkrise von globalen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) abhängig und versuchen nun mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien.
Vor wenigen Tagen weigerte sich die ungarische Regierung, die Bedingungen des IWF zu akzeptieren, und verzichtete damit auf einen neuerlichen Kredit in Höhe von 20 Milliarden Euro. Die im April gewählte rechtsnationalistische Regierung hofft, durch diese und andere Maßnahmen wie eine Bankenabgabe an Popularität zu gewinnen. In Spanien wird die regionalistische Bewegung der Katalanen stärker. Die Finanzkrise bestärkt viele Bewohner der wohlhabenden Region in der Absicht, sich vom spanischen Nationalstaat zu lösen. Derweil folgt in Griechenland ein Streik dem anderen. Der Regierung fällt es immer schwerer, die Bevölkerung von ihrem Sparprogramm zu überzeugen.
Von einer wirtschaftlichen Gesundung dieser Länder kann derzeit also keine Rede sein. Die politischen Konflikte sind unterschiedlicher Art, gemeinsam ist ihnen jedoch, dass die Wirtschaftskrise sie verschärft. Ähnliche Entwicklungen sind in einem Großteil der Defizitländer Europas zu erwarten. Damit verschwindet jedoch auch die Hoffnung auf eine Steigerung des privaten Konsums in diesen Staaten. Das wirft die Frage auf, wem die deutschen Konzerne in Zukunft ihre Waren verkaufen können.
Optimisten im Bundeswirtschaftsministerium und den Forschungsinstituten mögen einwenden, dass die durch Kredite ermöglichte Finanzierung in den zehn Jahren vor der Finanzkrise für die Wirtschaft in Europa und der Welt keine negative Rolle gespielt habe. Wichtig sei in erster Linie, die Importstaaten zu befähigen, ihre Schulden zu begleichen. Dies ist die unter deutschen Wirtschaftsliberalen allgemein verbreitete Ansicht. Sie mag auf den ersten Blick durchaus einleuchtend erscheinen. Denn tatsächlich wirtschafteten Spanien, Griechenland, die USA und eine große Zahl weiterer Staaten in Europa und Amerika in den Jahren vor der Krise höchst defizitär.
Bereits im Jahr 2004 beschrieb der Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson mit dem Begriff Chimerica den Zustand des Welthandelssystems. Dieser Begriff beschreibt die wirtschaftliche Symbiose zwischen den Nationalökonomien Chinas und der USA. Dabei erfüllen beide Staaten sich ergänzende Rollen. China produziert Waren, die die Vereinigten Staaten aufkaufen. Die Gewinne chinesischer Unternehmen werden in den USA reinvestiert. Dieses chinesische Geld wird in Form von Konsumenten- oder Immobilienkrediten den Amerikanern zu Verfügung gestellt. Die Nachfrage steigt, da die Konsumenten nun mehr Geld haben, um die gewünschten Waren aus China kaufen zu können. Das ermöglicht eine Steigerung der chinesischen Exporte, der erzielte Profit kann dann wieder in die Kreditwirtschaft investiert werden, um eine noch höhere Nachfrage zu erzeugen. Doch irgendwann wird die Rechnung präsentiert: Zu einem nicht klar definierten Zeitpunkt sollen die Kredite sowie die anfallenden Zinsen an China zurückgezahlt werden. Ein solches Handelssystem wird in den Wirtschaftswissenschaften als Defizitkreislauf bezeichnet.

Ein vergleichbarer Defizitkreislauf hat sich in den zehn bis 15 Jahren vor der Finanzkrise auch in Europa etabliert. Deutschland produziert Waren, die in Süd- oder Osteuropa abgesetzt werden. Die erzielten Gewinne werden in diese Länder transferiert und dort in Form von Konsumenten-

oder Immobilienkrediten unter die Bevölkerung gebracht. Der Zusammenbruch des spanischen und des amerikanischen Immobilienmarkts hat seinen Ursprung in diesen Defizitkreisläufen.
Das System funktionierte, in dieser Hinsicht haben die wirtschaftsliberalen Optimisten recht. Tatsächlich haben die Defizitkreisläufe für einen langen Zeitraum die Weltkonjunktur gefördert und ein beachtliches Wirtschaftswachstum erzeugt. Die Probleme beginnen, wenn die Kredite zurückgezahlt werden müssen. Mit der Rückzahlung sinkt der Konsum. Da auch die Staaten sich verschuldet haben und die Kredite tilgen müssen, werden Sparmaßnahmen beschlossen, die ebenfalls die Nachfrage mindern. Die Staatseinnahmen sinken, das BIP schrumpft. Das ist auch bedrohlich für die Kreditgeber, die nicht mehr sicher sein können, dass sie ihr Geld zurückbekommen.
Ein Blick in die Defizitländer Europas und Amerikas genügt, um zu erkennen, dass nun der Zeitpunkt gekommen ist, da die Rückzahlungen es unmöglich machen, den Defizitkreislauf aufrechtzuerhalten. Die exorbitanten Schulden schränken den finanziellen Spielraum der USA immer weiter ein, auch wenn die politische und militärische Vormachtstellung des Landes noch groß genug ist, um einen desaströsen Vertrauensverlust der Kreditgeber zu verhindern. Doch nur solange sich die Finanziers dieser Schulden sicher sind, dass die amerikanischen Konsumenten und die US-Regierung willens und in der Lage sind, ihre Schulden abzutragen, sind sie bereit, neue Kredite zu vergeben. Was passiert, wenn die Finanzmärkte ihr Vertrauen in eine Regierung verlieren, wurde in Griechenland deutlich. Das Land war der Zahlungsunfähigkeit nahe und konnte nur durch eine Bürgschaft der Euro-Staaten vor dem finanziellen Zusammenbruch bewahrt werden.
Die Rechnung der Exportstaaten wird daher auf Dauer wohl nicht aufgehen. Die europäische Garantie für die Zahlungsfähigkeit der Defizitländer ist nur wirksam, solange die Garanten als solvent gelten. Eine Fortsetzung der Kreditvergabe zur Exportförderung ist derzeit ausgeschlossen, während die hoch verschuldeten Defizitstaaten mehr Geld für die Schuldentiligung aufbringen müssen, obwohl die Einnahmen sinken.

Im Rahmen einer wirtschaftsliberalen Politik ist die einzige Möglichkeit, dieses Problem zu lösen, eine Steigerung der Exporte. Wenn der Exportanteil am BIP steigt, fließt mehr Geld in die Staatskassen, das für die Zahlung der Schulden verwendet werden könnte. Die derzeit führenden Exportstaaten haben jedoch kein Interesse daran, eigene Marktanteile an die Konkurrenten aus Amerika und Europa abzutreten.
Der Kampf um Marktanteile führte bereits dazu, dass die USA versuchten, sowohl Deutschland als auch China auf dem G20-Gipfel in Toronto unter Druck zu setzen. In einer Presseerklärung sagte Präsident Barack Obama: »Keine Nation sollte annehmen, dass sie ihren Weg zum Wohlstand mit Exporten nach Amerika pflastern kann.«
Zwischen den Staaten hat sich die Konkurrenz um die globalen Marktanteile und die entsprechenden Kapitalströme verschärft. Von Deutschland und China wird eine Abkehr von der aggressiven Exportstrategie und eine Steigerung der Binnennachfrage gefordert, doch die Regierungen beider Staaten sehen keinen Anlass, ihre Wirtschaftspolitik zu ändern. Ungeachtet der derzeit aus Deutschland verbreiteten Erfolgsmeldungen kann jedoch die bislang verfolgte Politik, die Exportsteigerungen mit Krediten für die Käufer zu finanzieren, auf Dauer nicht fortgesetzt werden.

© Jungle World Verlags GmbH